
Neoliberalismus und die Untergrabung des Gemeinwesens

*Eine systematische Auseinandersetzung mit Deregulierung,
Marktideologie und ihren gesellschaftlichen Folgen*

Perspektiven aus Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Moralphilosophie

Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Der Ausgangspunkt
2. Historische Genese des Neoliberalismus
 - 2.1 Von Hayek und Friedman zur politischen Praxis
 - 2.2 Die "grosse Transformation" und ihre Umkehrung
3. Oekonomische Kritik: Marktversagen und seine Grenzen
 - 3.1 Das Problem der natürlichen Monopole
 - 3.2 Externe Effekte und Gemeingüter
 - 3.3 Mariana Mazzucato: Der Mythos vom schöpferischen Markt
4. Soziologische Perspektive: Der zerstörte soziale Zusammenhalt
 - 4.1 Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit
 - 4.2 Richard Sennett: Der flexible Mensch
 - 4.3 Bourdieu und das symbolische Kapital der Deregulierung
5. Moralphilosophische Einwände
 - 5.1 John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness
 - 5.2 Michael Sandel: Was der Markt nicht kann
 - 5.3 Amartya Sen: Entwicklung als Freiheit
6. Synthese: Wege zurück zur Gemeinwirtschaft
7. Fazit
8. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Einleitung: Der Ausgangspunkt

Der nachfolgende Text, der auf dem Wiki-Beitrag von technikundkultur.de - Deregulierung - basiert, formuliert mit klaren Worten, was viele gesellschaftliche Beobachter seit Jahrzehnten diagnostizieren: Die Deregulierungspolitik, die seit Ende der 1980er Jahre das wirtschaftspolitische Denken dominiert, hat nicht die versprochenen Ergebnisse geliefert. Stattdessen wurde gesellschaftliches Eigentum privatisiert, demokratische Gestaltungsmacht abgebaut und das Gemeinwesen sukzessive geschwächt.

Diese Analyse unternimmt den Versuch, die im Ausgangstext skizzierten Gedanken systematisch zu vertiefen und mit dem einschlägigen wissenschaftlichen Diskurs zu verknüpfen. Dabei werden drei disziplinäre Perspektiven entfaltet: die wirtschaftswissenschaftliche Kritik an der Marktgläubigkeit, die soziologische Diagnose des gesellschaftlichen Zerfalls sowie die moralphilosophische Herausforderung der neoliberalen Grundannahmen.

Der Ausgangstext formuliert treffend: Ein Wettbewerb ohne Regeln bedeutet Krieg. Diese Metapher ist weit mehr als Rhetorik. Sie weist auf ein fundamentales Problem hin, das Ökonomen wie Institutionen seit langem beschäftigt: Märkte sind keine Naturgesetze, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, die Rahmenregeln benötigen, um dem Gemeinwohl zu dienen.

Das vorliegende Essay versteht sich als Beitrag zu einer immer noch überfälligen Debatte über die Neujustierung des Verhältnisses von Markt, Staat und Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die über den ökonomischen Tellerrand hinausdenken und die politischen, sozialen und ethischen Dimensionen der Wirtschaftsordnung ernst nehmen.

2. Historische Genese des Neoliberalismus

2.1 Von Hayek und Friedman zur politischen Praxis

Der Neoliberalismus ist keine spontane Erscheinung der Wirtschaftsgeschichte, sondern das Ergebnis gezielter intellektueller und politischer Arbeit. Die Keimzellen dieser Denkschule liegen in der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und der Chicagoer Schule. Friedrich August von Hayek und Milton Friedman lieferten die theoretische Grundlage für das, was später als politisches Programm unter Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA Gestalt annahm.

Hayek argumentierte in seinem einflussreichen Werk "The Road to Serfdom" (1944), dass staatliche Planwirtschaft zwangsläufig zur Knechtschaft führe. Für ihn war der Preismechanismus des freien Marktes das überlegene Informations- und Koordinationssystem, das kein zentraler Planer je ersetzen könne (Hayek, 1944). Friedman ergänzte diese Position mit seinem Buch "Capitalism and Freedom" (1962), in dem er staatliche Eingriffe in die Wirtschaft grundsätzlich als Freiheitsbedrohung darstellte.

Was zunächst als akademisches Denken begann, wurde durch gezielt geförderte Think-Tanks und politische Netzwerke zu einem hegemonialen Diskurs. Der Ökonom Philip Mirowski hat detailliert nachgezeichnet, wie das Mont Pèlerin Society-Netzwerk seit 1947 systematisch daran arbeitete, eine alternative intellektuelle Infrastruktur zu errichten (Mirowski & Plehwe, 2009). Die Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre mit Stagflation und Ölpreisschock schufen den politischen Nährboden für die Durchsetzung dieser Ideen.

Der Washington Consensus, der in den 1980er und 1990er Jahren von IWF und Weltbank als Bedingungskatalog für Entwicklungsländer formuliert wurde, kodifizierte Deregulierung, Privatisierung und Handelsliberalisierung als wirtschaftspolitisches Universalrezept (Williamson, 1990). Dieser Ansatz ignorierte dabei weitgehend die institutionellen und historischen Besonderheiten einzelner Volkswirtschaften.

2.2 Die "Grosse Transformation" und ihre Umkehrung

Zum Verständnis der Deregulierungsdebatte ist Karl Polanyis epochales Werk "The Great Transformation" (1944) unverzichtbar. Polanyi analysierte, wie im 19. Jahrhundert der Versuch unternommen wurde, eine selbstregulierende Marktwirtschaft zu schaffen, die Arbeit, Boden und Geld als reine Waren behandelte. Er nannte dies eine "Satansmühle", die die organischen Strukturen des gesellschaftlichen Lebens zerstörte (Polanyi, 1944).

Polanyis zentraler Begriff der "Einbettung" (embeddedness) bezeichnet den Zustand, in dem wirtschaftliches Handeln in soziale, kulturelle und politische Strukturen eingebettet ist. Jede Gesellschaft, die überlebensfähig sein will, muss ihre Wirtschaft in diese sozialen Rahmenbedingungen einbetten. Die neoliberale Deregulierung ist aus dieser Perspektive der Versuch einer "Entbettung" - mit vorhersehbaren destruktiven Folgen.

Polanyi beschrieb auch die "Gegenbewegung" (double movement): Wenn Märkte gesellschaftliche Verwerfungen erzeugen, reagiert die Gesellschaft mit Schutzreflexen. Dies kann demokratisch-solidarische Formen annehmen, aber

auch - wie die Geschichte zeigt - autoritäre Reaktionen provozieren. Die heutigen Populismuswellen sind aus dieser Perspektive lesbar als Gegenbewegung auf die Destruktivität der Deregulierung.

3. Ökonomische Kritik: Marktversagen und seine Grenzen

3.1 Das Problem der natürlichen Monopole

Der Ausgangstext benennt konkrete Infrastrukturbereiche: Bahnlinien, Stromnetze, Straßen, Wasserversorgung. Diese sind in der Wirtschaftstheorie als "natürliche Monopole" bekannt - Bereiche, in denen die Fixkosten so hoch sind, dass ein einziger Anbieter effizienter produzieren kann als mehrere konkurrierende. In solchen Sektoren kann echter Wettbewerb gar nicht funktionieren.

Jean Tirole, Träger des Wirtschaftsnobelpreises 2014, hat ausführlich untersucht, unter welchen Bedingungen Märkte reguliert werden müssen. Seine Arbeiten zeigen, dass bei natürlichen Monopolen und asymmetrischer Information staatliche Regulierung nicht nur legitim, sondern wohlfahrtsökonomisch notwendig ist (Tirole, 1988). Die schlichte Privatisierung solcher Sektoren ohne adäquaten Regulierungsrahmen führt nicht zu mehr Wettbewerb, sondern zu privatem Monopolismus.

Das Beispiel der britischen Bahnprivatisierung verdeutlicht dies: Nach der Zerschlagung der British Rail in den 1990er Jahren stiegen die Fahrpreise dramatisch, die Pünktlichkeit verschlechterte sich und der Staat musste mehrfach mit Subventionen einspringen, die höher waren als zu Zeiten der staatlichen Bahn (Hall, 2014). Ähnliche Befunde liegen für die Energiemarktliberalisierung in verschiedenen Ländern vor.

3.2 Externe Effekte und Gemeinschaftsgüter

Ein weiteres fundamentales Marktversagen, das die Deregulierungsideologie ignoriert, sind externe Effekte: Kosten oder Nutzen, die von Markttransaktionen auf Dritte überwältzt werden, ohne dass diese entschädigt werden oder mitentscheiden können. Besonders deutlich wird dies beim Klimawandel: Der Markt allein kann dieses Problem nicht lösen, weil er die atmosphärischen Kosten von CO₂-Emissionen nicht internalisiert.

Das Konzept der Gemeinschaftsgüter (Commons) wurde durch Elinor Ostrom, Trägerin des Wirtschaftsnobelpreises 2009, wissenschaftlich rehabilitiert. Sie widerlegte Garrett Hardins einflussreiche These von der "Tragödie der Allmende" und zeigte empirisch, dass Gemeinschaften sehr wohl in der Lage sind, gemeinsame Ressourcen nachhaltig zu verwalten - ohne Privatisierung und ohne staatliche Zentralisierung (Ostrom, 1990). Voraussetzung sind klare Regeln, Partizipation und kollektive Sanktionsmechanismen.

Joseph Stiglitz, ebenfalls Wirtschaftsnobelpreisträger, hat die Informationsasymmetrien auf Märkten analysiert und gezeigt, wie unvollständige Informationen systematisch zu Marktversagen führen. Besonders in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, wo Konsumenten strukturell schlechter informiert sind als Anbieter, ist der Markt als alleiniger Koordinationsmechanismus ungeeignet (Stiglitz, 2012).

3.3 Mariana Mazzucato: Der Mythos vom schöpferischen Markt

Eine der einflussreichsten ökonomischen Gegenstimmen zur Marktideologie der letzten Jahre kommt von Mariana Mazzucato. In "The Entrepreneurial State" (2013) und "The Value of Everything" (2018) zeigt sie, dass der Staat nicht nur Marktversagen korrigiert, sondern aktiv Innovation und wirtschaftliche Dynamik erzeugt.

Mazzucatos empirische Analyse des Internets, der GPS-Technologie, des Touchscreens und der Pharmainnovation belegt: Die riskanten, langfristigen Investitionen, die diese Innovationen ermöglichten, wurden vom Staat getätigt - nicht von privaten Venture-Capital-Gebern. Das iPhone von Apple, so Mazzucato, ist in seinem Kern aus staatlich finanzierter Forschung entstanden (Mazzucato, 2013). Dieser Befund konterkariert das Narrativ, wonach der Staat nur Bremse und der Markt innoviere.

Mazzucato fordert daher nicht die Rückkehr zum alten Wohlfahrtsstaat, sondern einen "unternehmerischen Staat", der Mission-driven Investments tätigt, gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimaschutz oder Gesundheitsversorgung strategisch angeht und dabei sicherstellt, dass die geschaffenen Werte der Gesellschaft zugutekommen - nicht nur privaten Anteilseignern (Mazzucato, 2021).

4. Soziologische Perspektive: Der zerstörte soziale Zusammenhalt

4.1 Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit

Der Kölner Soziologe Wolfgang Streeck hat in "Gekaufte Zeit" (2013) eine umfassende Diagnose des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus in der Ära der Deregulierung vorgelegt. Sein zentrales Argument: Die demokratischen Wohlfahrtsstaaten haben seit den 1970er Jahren die Konflikte zwischen kapitalistischen Profitinteressen und demokratischen Ansprüchen durch Inflation, dann durch Staatsverschuldung und schließlich durch Privatisierung aufzulösen versucht.

Streeck analysiert, wie die Deregulierung der Finanzmärkte die Macht der Kapitaleigentümer gegenüber dem demokratischen Souverän stärkte. Kapitalmärkte werden zum "zweiten Wahlvolk" (zweite Wählerschaft), das Regierungen über Zinsspreads und Investitionsstreiks diszipliniert und de facto Sozialpolitik mitgestaltet - ohne demokratisches Mandat (Streeck, 2013). Was der Ausgangstext als Verlust demokratischer Gestaltungsmacht beschreibt, ist für Streeck ein strukturelles Merkmal des finanzialisierten Kapitalismus.

4.2 Richard Sennett: Der flexible Mensch

Richard Sennett untersucht in "The Corrosion of Character" (1998) die psychosozialen Folgen der flexibilisierten, deregulierten Arbeitswelt auf das Individuum. Flexible Beschäftigung, kurzfristige Projekte und ständige Anpassungsbereitschaft - Kernmerkmale des neoliberalen Arbeitsmarktes - zersetzen nach Sennett die Fähigkeit zur Narrative des eigenen Lebens, zur Loyalität und zum langfristigen Engagement.

Sennetts Beobachtung knüpft an die im Ausgangstext implizierte These an: Wenn Bahnlinien, Versorgungsnetze und Wohnraum der kurzfristigen Renditelogik unterworfen werden, dann betrifft das nicht nur Infrastruktur, sondern die Lebensrealität von Menschen, die auf verlässliche, bezahlbare Daseinsvorsorge angewiesen sind. Die "flexible" Gesellschaft erzeugt Unsicherheit, Vertrauensverlust und sozialen Rückzug.

In seinem späteren Werk "Together" (2012) zeigt Sennett, wie kooperative Fähigkeiten und soziales Vertrauen durch die Konkurrenzlogik des Marktes erodieren. Die neoliberale Ideologie, die Konkurrenz als gesellschaftliches Grundprinzip setzt, untergräbt paradoxerweise genau jene sozialen Bindungen,

auf die funktionierende Wirtschaft und Demokratie angewiesen sind.

4.3 Bourdieu und das symbolische Kapital der Deregulierung

Pierre Bourdieu hat in seinen Schriften zur Soziologie des Wirtschaftsfeldes, insbesondere in "Das Elend der Welt" (1993) und "Gegenfeuer" (1998), eine soziologische Kritik des Neoliberalismus als ideologisches Projekt entwickelt. Für Bourdieu ist der Neoliberalismus nicht nur eine Wirtschaftspolitik, sondern ein symbolisches Projekt, das bestimmte Interessen universalisiert und als natürlich erscheinen lässt.

Die neoliberale Sprache der "Wettbewerbsfähigkeit", "Effizienz" und "Flexibilität" fungiert als symbolische Gewalt (Bourdieu, 1998): Sie zwingt auch die Opfer der Deregulierungspolitik, ihre Lage in den Kategorien der Marktlogik zu beschreiben und damit das System zu legitimieren, das sie benachteiligt. Das Individuum, das seine Wohnung verliert oder keinen Zugang zu öffentlichem Nahverkehr hat, wird in diesem Diskurs nicht als Opfer politischer Entscheidungen sichtbar, sondern als Versager auf dem Markt.

Robert Putnam analysierte ergänzend in "Bowling Alone" (2000), wie der Rückzug des Staates aus gemeinschaftlichen Infrastrukturen das Sozialkapital - Netzwerke, Normen und gegenseitiges Vertrauen - erodieren lässt. Wo Gemeindezentren schließen, Bibliotheken fusioniert werden und öffentliche Räume privatisiert werden, verödet das Gemeinschaftsleben (Putnam, 2000). Die Deregulierung ist damit nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern eine zivilgesellschaftliche Katastrophe.

5. Moralphilosophische Einwände

5.1 John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness

John Rawls hat in "A Theory of Justice" (1971) das philosophische Fundament für eine gerechte Gesellschaftsordnung gelegt, das der neoliberalen Ideologie fundamental widerspricht. Rawls entwickelte das Gedankenexperiment des "Schleiers des Nichtwissens": Wenn wir nicht wüssten, welche Position wir in der Gesellschaft einnehmen würden, welche Prinzipien würden wir für die Grundstruktur dieser Gesellschaft wählen?

Rawls' Differenzprinzip lautet: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann gerecht, wenn sie den am schlechtesten gestellten Mitgliedern der

Gesellschaft maximal zugutekommen (Rawls, 1971). Dieses Prinzip impliziert, dass Privatisierungen von Infrastruktur nur dann legitim wären, wenn sie nachweislich auch den Ärmsten zugutekommen - ein Kriterium, das die bisherige Deregulierungspolitik systematisch verfehlt hat.

5.2 Michael Sandel: Was der Markt nicht kaufen kann

Michael Sandel liefert in "What Money Can't Buy" (2012) eine tiefgreifende moralphilosophische Kritik der Marktausweitung. Sein Argument: Es gibt Güter und Lebensbereiche, die durch Marktlogik korrumpiert werden, weil ihr Wert an nicht-ökonomischen Normen hängt. Wenn Wasser, Bildung, Gesundheit und Wohnraum vollständig der Marktlogik unterworfen werden, verlieren sie einen Teil dessen, was sie gesellschaftlich wertvoll macht.

Sandel unterscheidet zwischen "having a market in X" und "being governed by market norms". Ersteres kann legitim sein, letzteres korrumpiert den Charakter bestimmter Güter und sozialer Praktiken (Sandel, 2012). Der Ausgangstext greift intuitiv genau diesen Punkt auf: Ob eine Bahnlinie von A nach B existiert, darf nicht allein von Renditeerwartungen abhängen, weil Mobilität ein gesellschaftliches Gut ist, das den Charakter eines marktfremden Grundrechts trägt.

Sandels Kritik richtet sich auch gegen die "Ökonomisierung des öffentlichen Diskurses": Wenn politische Fragen konsequent in Marktbegriffen formuliert werden - Kosten-Nutzen-Analysen, Effizienzkalküle, Return on Investment - dann werden die eigentlich relevanten moralischen und politischen Fragen verdrängt: Was sind wir einander als Bürger einer Gesellschaft schuldig? Welche Güter gehören uns gemeinsam? (Sandel, 2020)

5.3 Amartya Sen: Entwicklung als Freiheit

Amartya Sen entwickelte mit dem Capability Approach einen alternativen Maßstab für gesellschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit. In "Development as Freedom" (1999) argumentiert er, dass Freiheit nicht nur negativ (Abwesenheit von staatlichem Zwang) verstanden werden darf, sondern positiv: als reale Fähigkeit, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Für Sen sind Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit nicht "Einschränkungen" der wirtschaftlichen Freiheit, sondern Voraussetzungen realer Freiheit. Wer keinen Zugang zu sauberem Wasser, zuverlässigem Nahverkehr oder Gesundheitsversorgung hat, ist in einem substantiellen Sinn unfrei - ungeachtet formaler Marktfreiheiten (Sen, 1999).

Dies ist ein direkter moralphilosophischer Einwand gegen die Deregulierungsideologie: Sie verwechselt formale Marktfreiheit mit realer Handlungsfähigkeit. Eine Gesellschaft, die Infrastruktur vollständig der Renditelogik überlässt, beraubt Menschen der Voraussetzungen ihrer Freiheit - besonders jene, die sich teure Privatangebote nicht leisten können.

6. Synthese: Wege zurück zur Gemeinwirtschaft

Der Ausgangstext schlägt vor, Infrastruktur und Daseinsvorsorge in die "Zuständigkeit und Verantwortung der Gesellschaft" zurückzugeben, ohne private Beteiligung grundsätzlich auszuschließen. Diese Position ist weit differenzierter als oft diskutiert und deckt sich mit dem Konsens eines breiten wissenschaftlichen Feldes.

Dani Rodrik hat das Konzept des "trilemma of globalization" entwickelt: Demokratie, nationale Souveränität und wirtschaftliche Globalisierung sind nicht alle drei gleichzeitig vollständig realisierbar (Rodrik, 2011). Die Deregulierung, die im Zeichen der Globalisierung vorangetrieben wurde, hat häufig auf Kosten demokratischer Gestaltungsmacht stattgefunden. Eine Rekalibrierung ist notwendig.

Kate Raworth schlug mit ihrer "Donut-Ökonomie" (2017) ein Modell vor, das wirtschaftliches Handeln in einem doppelten Rahmen begreift: Unterhalb eines sozialen Fundaments (das Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheit, Mobilität sichert) und oberhalb einer ökologischen Grenze (die planetare Grenzen respektiert) liegt der legitime Raum wirtschaftlichen Handelns. Deregulierung, die soziale Grundversorgung privatisiert, durchbricht das soziale Fundament; Deregulierung, die Umweltstandards abbaut, durchbricht die ökologische Grenze.

Das Konzept der "öffentlichen Daseinsvorsorge" hat in Deutschland eine lange rechtliche und politische Tradition. Die Idee, dass bestimmte Güter und Dienstleistungen - Wasser, Energie, Nahverkehr, Post - der reinen Marktlogik entzogen werden müssen, weil sie für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind, ist im deutschen Grundgesetz und in EU-Recht (Dienste von allgemeinem Interesse) verankert. Die Deregulierungswelle der 1990er und 2000er Jahre hat diese Tradition partiell ausgehöhlt; es gilt, sie zeitgemäß zu erneuern.

Konkret bedeutet ein solches Programm: erstens die Schaffung demokratisch legitimierter Regulierungsbehörden mit echter Durchsetzungsmacht in Infrastruktursektoren; zweitens die Rekommunalisierung oder Vergesellschaftung

natürlicher Monopole, wo Privatisierungen nachweislich gescheitert sind; drittens die Entwicklung hybrider Governance-Modelle, die private Effizienz mit öffentlicher Kontrolle verbinden; und viertens eine Stärkung partizipativer Prozesse, die Bürgerinnen und Bürgern echte Mitsprache bei der Gestaltung ihrer Lebensgrundlagen geben.

7. Fazit

Die Deregulierungsideologie, die seit den 1980er Jahren die Wirtschaftspolitik dominiert, ist an der Realität gescheitert. Märkte sind kein Naturgesetz, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, die angemessener Regeln bedürfen. Diese Einsicht, die der Ausgangstext pointiert formuliert, wird durch ein breites Spektrum wirtschaftswissenschaftlicher, soziologischer und moralphilosophischer Forschung gestützt.

Ökonomen wie Stiglitz, Ostrom, Mazzucato und Rodrik haben gezeigt, dass unregulierte Märkte in zentralen Bereichen versagen und staatliches Handeln nicht nur korrektiv, sondern konstitutiv für wirtschaftlichen Erfolg ist. Soziologen wie Streeck, Sennett und Bourdieu haben die sozialen Verwüstungen der Deregulierungspolitik dokumentiert: Erosion des Sozialkapitals, Prekarisierung der Arbeit, Verlust demokratischer Gestaltungsmacht. Moralphilosophen wie Rawls, Sandel und Sen haben gezeigt, dass die neoliberale Marktlogik fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien verletzt und die reale Freiheit der Menschen einschränkt.

Es geht nicht darum, den Markt abzuschaffen, sondern ihn an seinen richtigen Platz zu setzen: als nützliches Instrument für bestimmte Koordinationsaufgaben, eingebettet in demokratisch legitimierte gesellschaftliche Regeln und Werte. Die Gesellschaft muss entscheiden, was sie gemeinsam haben will und welche Güter dem Markt entzogen bleiben. Das ist keine antimoderne Regression, sondern die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Der Satz des Ausgangstextes verdient es, als Programm gelesen zu werden: Es muss von der Gesellschaft bestimmte Regeln geben. Demokratisch gesetzte Regeln für Märkte sind nicht der Feind von Freiheit und Wohlstand - sie sind ihre Voraussetzung.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bourdieu, P. (1993).** Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Bourdieu, P. (1998).** Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Friedman, M. (1962).** Capitalism and Freedom. Chicago: University of Chicago Press.
- Hall, D. (2014).** Why Public Services Work - And Market Reform Doesn't: A Brief History. London: PSIRU, University of Greenwich.
- Harvey, D. (2005).** A Brief History of Neoliberalism. Oxford: Oxford University Press.
- Hayek, F. A. von (1944).** The Road to Serfdom. London: Routledge.
- Mazzucato, M. (2013).** The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths. London: Anthem Press.
- Mazzucato, M. (2018).** The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy. London: Allen Lane.
- Mazzucato, M. (2021).** Mission Economy: A Moonshot Guide to Changing Capitalism. London: Allen Lane.
- Mirowski, P. & Plehwe, D. (Hrsg.) (2009).** The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Nussbaum, M. C. (2011).** Creating Capabilities: The Human Development Approach. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Ostrom, E. (1990).** Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge: Cambridge University Press.
- Polanyi, K. (1944).** The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time. New York: Farrar & Rinehart. [Deutsche Ausgabe: Die grosse Transformation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1978.]
- Putnam, R. D. (2000).** Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Rawls, J. (1971).** A Theory of Justice. Cambridge, MA: Harvard University Press. [Deutsche Ausgabe: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1975.]
- Rodrik, D. (2011).** The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy. New York: Norton.
- Raworth, K. (2017).** Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist. London: Random House Business.
- Sandel, M. J. (2012).** What Money Can't Buy: The Moral Limits of Markets. New York: Farrar, Straus and Giroux. [Deutsche Ausgabe: Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes. Berlin: Ullstein, 2012.]

- Sandel, M. J. (2020).** The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good? New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Sen, A. (1999).** Development as Freedom. New York: Knopf. [Deutsche Ausgabe: Ökonomie für den Menschen. München: Hanser, 2000.]
- Sennett, R. (1998).** The Corrosion of Character: The Personal Consequences of Work in the New Capitalism. New York: Norton. [Deutsche Ausgabe: Der flexible Mensch. Berlin: Berlin Verlag, 1998.]
- Sennett, R. (2012).** Together: The Rituals, Pleasures and Politics of Cooperation. New Haven: Yale University Press.
- Stiglitz, J. E. (2012).** The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York: Norton. [Deutsche Ausgabe: Der Preis der Ungleichheit. Frankfurt a.M.: Siedler, 2012.]
- Streeck, W. (2013).** Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- technikundkultur.de (o. J.).** Deregulierung. Abgerufen von <https://www.technikundkultur.de/wiki1/index.php5?title=Deregulierung>
- Tirole, J. (1988).** The Theory of Industrial Organization. Cambridge, MA: MIT Press.
- Williamson, J. (1990).** What Washington Means by Policy Reform. In J. Williamson (Hrsg.), Latin American Adjustment: How Much Has Happened? Washington, DC: Institute for International Economics.

9. Ausgangstext

(<https://www.technikundkultur.de/wiki1/index.php5?title=Deregulierung>)

Deregulierung

Seit Ende der 80er Jahre ist Deregulierung auf der Agenda aller wirtschaftsliberal orientierten Akteure. Politiker, Journalisten, Ökonomieprofessoren und Lobbyisten hämmerten uns immer wieder ein, dass ein deregulierter Wettbewerb gut für alle in dieser Gesellschaft sei. Wettbewerb wurden magische Eigenschaften zugewiesen: dank seiner würden Dinge und Leistungen billiger und besser. Die unsichtbare Hand des Marktes würde uns ins Paradies leiten.

Und nun? Stehen wir vor den Trümmern dieser ideologisch getriebenen "Befreiung" des Marktes. Die Anhänger der Deregulierung haben nicht begriffen, dass ein Wettbewerb ohne Regeln "Krieg" bedeutet - ein Krieg ohne Waffen und physischer Zerstörung aber mit ebensolcher zerstörerischer Wirkung auf Infrastruktur, Gemeinwesen und das Leben des Einzelnen.

Durch die Übergabe von staatliche Immobilien, Grundstücken, Straßen, Versorgungsnetzen und Bahnstrecken in die Hände konkurrierender privater Unternehmen verzichtete die Gesellschaft Stück um Stück auf die Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Lebensgrundlagen und ließ es zu, dass private Investoren über unsere unmittelbare Lebensumstände entscheiden.

Ob es eine Bahnlinie von Stadt A zu Stadt B gab, war jetzt abhängig von der Entscheidung eines Unternehmens und nicht mehr von Bürgern. Ob Geld für die Sanierung von Gebäude, Straßen und Netzen aufgegeben wird, hängt nun von der erwarteten Rendite für ein konkretes Unternehm ab und nicht vom Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes.

Es wird Zeit, der Deregulierungs-Ideologie - und nichts anderes ist diese Idee - Einhalt zu gebieten und die Dinge, die wir in einer Gesellschaft zum Leben brauchen - Straßen, Bahnstrecken, Stromnetze, sauberes Wasser, Häuser und Grundstücke in die Zuständigkeit und Verantwortung der Gesellschaft zurück zu geben. Das bedeutet ja nicht, dass die Gesellschaft diese Dinge nicht für begrenzte Zeit und mit klaren Regel in die verantwortliche Obhut eines Unternehmens geben kann, um daraus Nutzen und Wertschöpfung zu ziehen. Aber es bedeutet, dass es von der Gesellschaft bestimmte Regeln geben muss!

